Stand: 16.12.2025 10:00:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5887

"Verbot von Mikroplastik in Kosmetika"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5887 vom 26.03.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6845 des UV vom 09.06.2015
3. Beschluss des Plenums 17/7116 vom 18.06.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 18.06.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.03.2015 **Drucksache 17/5887**

Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein SPD**

Verbot von Mikroplastik in Kosmetika

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich umgehend auf allen Ebenen für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika einzusetzen und alle dafür notwendigen Initiativen zu ergreifen.

Begründung:

Laut Umweltbundesamt werden in Deutschland pro Jahr rund 500 Tonnen Mikroplastik in Kosmetika wie Hautcremes, Peelings, Duschgels und Shampoos eingesetzt. Die Partikel werden von Kläranlagen häufig nicht ausreichend herausgefiltert.

Bisher lässt sich trotz Pressemeldungen über Funde von Mikroplastik in Mineralwassern und Bier das Ausmaß der nahrungsbedingten Exposition der bayerischen Bevölkerung mit Mikroplastikpartikeln noch nicht abschätzen. Es gibt auch noch keine Erkenntnisse zur Toxizität von Mikroplastikpartikeln. Aus Gründen des vorbeugenden Verbraucherschutzes und zur Vermeidung von negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung ist deshalb staatliches Handeln unerlässlich.

Die Konzentration des sogenannten „primären“ Mikroplastiks, das z.B. in den Kosmetika verwendet wird, lässt sich nach Auskunft der Staatsregierung senken, indem in diesen Produkten andere Stoffe, z.B. Silicagele, verwendet werden. Einige Hersteller von Kosmetika haben, so das Umweltministerium, bereits ihre Rezepturen geändert oder haben selbst angekündigt, zeitnah vollständig auf Mikroplastik in ihren Produkten zu verzichten.

Nachdem entweder Ersatzstoffe zur Verfügung stehen oder der Einsatz von Mikroplastik in Kosmetik offensichtlich für die Hersteller nicht notwendig ist, spricht nichts gegen ein Verbot, zumal die Gesundheit und körperliche Unversehrtheit der Bevölkerung höher als die wirtschaftlichen Interessen einzelner Firmen oder Branchen zu bewerten sind.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.06.2015 **Drucksache 17/6845**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Drs. 17/**5887**

Verbot von Mikroplastik in Kosmetika

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatterin: **Tanja Schorer-Dremel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 23. April 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 9. Juni 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 18.06.2015 **Drucksache** 17/**7116**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein SPD**

Drs. 17/**5887**, 17/**6845**

Verbot von Mikroplastik in Kosmetika

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Florian von Brunn
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Abg. Nikolaus Kraus
Abg. Rosi Steinberger
Abg. Harry Scheuenstuhl

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u. a. (SPD)
Verbot von Mikroplastik in Kosmetika (Drs. 17/5887)

Ich eröffne die Aussprache. Die gesamte Redezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten; die Verteilung ist bekannt. Erster Redner ist Herr Kollege von Brunn für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mikroplastik in unserer Umwelt ist ein Problem, das immer größer wird. Es kann inzwischen in Flüssen und Seen nachgewiesen werden - auch in bayerischen Flüssen und Seen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es gelangt von dort in das Meer mit teilweise fatalen Wirkungen auf die dortige Flora und Fauna, insbesondere auf Fische, aber auch auf andere Lebewesen. Meeresfische nehmen Mikroplastik anstelle von Nahrung auf und verhungern dann einfach. Gefahr entsteht aber auch durch die Zersetzung von Mikroplastik und die damit einhergehende Freisetzung gefährlicher, giftiger Stoffe und hormonell wirksamer Stoffe. Diese Stoffe können in die Umwelt - auch in die Meere - gelangen.

Es besteht zudem die Gefahr, dass sich biologisch schwer abbaubare Schadstoffe an Mikroplastikpartikel anlagern und dann über die Meeresfauna in die Nahrungskette gelangen.

Über die Wirkungen der Mikroplastikpartikel auf Binnengewässer bzw. die dort lebenden Tiere und Pflanzen liegen noch keine so umfassenden Erkenntnisse vor wie zu den Wirkungen auf Tiere und Pflanzen in den Meeren. Aber es ist nicht nur vorstellbar, sondern sogar wahrscheinlich, dass die Gefahren ähnliche sind.

Beim Stichwort Plastik reden wir zudem von einem Material, das extrem langlebig ist; darauf hat die Frau Staatsministerin hingewiesen. Eine Plastiktüte verrottet erst nach 450 Jahren.

Deswegen ist es gut und richtig, dass die Bayerische Staatsregierung entsprechende Forschungsprojekte in Auftrag gegeben hat. Das Bayerische Landesamt für Umwelt erforscht in Kooperation mit der Universität Bayreuth den Stand der Anreicherung von Mikroplastikpartikeln in Natur und Gewässern und die daraus resultierenden Wirkungen. Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit untersucht die Wirkungen auf Menschen. Wir müssen noch viel mehr wissen über Quellen, Eintragspfade und - möglicherweise negative – Wirkungen auf den Menschen und die ihn umgebende Natur.

Was wir bereits wissen: Es gibt sekundäres Mikroplastik, das durch Abrieb oder Zersetzung von Kunstfasern, Fleece-Kleidung, Plastiktüten, Nahrungsmittelverpackungen, Dichtungen etc. entsteht. Aber es gibt auch primäres Mikroplastik, das bewusst produziert wird und in Kosmetika seine Anwendung findet, etwa in Zahnpasta, Peelingprodukten, Shampoos etc.

Wir wissen bis heute nicht, ob und, wenn ja, wie sich Mikroplastik im Menschen anreichert. Wir wissen auch kaum etwas über toxische Wirkungen auf den Menschen. Deswegen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben wir die Pflicht, Vorsorge, das heißt vorsorgenden Verbraucherschutz und vorsorgenden Umweltschutz, zu betreiben. Alles andere wäre fahrlässig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vorsorge ist besser als Nachsorge. Handeln ist besser als reden. Frau Staatsministerin, in Ihrem Bericht zum Thema steht es: Für Mikroplastikpartikel in Kosmetika gibt es Ersatzstoffe. Große Hersteller haben bereits von sich aus einen Verzicht angekündigt oder angeboten. Daher frage ich mich: Warum warten wir noch? Warum überlassen wir ein so wichtiges Thema der Freiwilligkeit der Hersteller?

Deswegen lautet mein Appell an Sie: Nehmen Sie das Heft des Handelns in die Hand und starten Sie im Bundesrat eine Initiative für das Verbot von Mikroplastik in Kosmetika!

(Beifall bei der CSU)

Machen Sie endlich Nägel mit Köpfen, anstatt – mit Blick auf die Freiwilligkeit – nur immer mit Wattebäuschchen zu werfen.

Es geht um 500 Tonnen primäres Mikroplastik pro Jahr. Einige mögen sagen, 500 Tonnen seien nicht viel. Aber es könnten eben 500 Tonnen weniger Mikroplastik sein. 500 Tonnen weniger sind für die Umwelt und als erster Schritt im Sinne vorsorgenden Verbraucherschutzes ein guter Anfang. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Wir bitten Sie: Stimmen Sie diesem Antrag zu! - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr von Brunn. – Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Schorer-Dremel für die CSU. Bitte schön.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Ministerin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als Grundschullehrerin weiß ich aus Erfahrung, dass man manchen Kindern, die etwas schwer begreifen, die Sache mehrfach und geduldig erklären muss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat er gemacht!)

Anscheinend ist das im Landtag nicht anders.

(Volkmar Halbleib (SPD): Genau! Das hat Herr von Brunn gemacht!)

Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion zum Verbot von Mikroplastik in Kosmetika wurde am 23. April diesen Jahres vom Umweltausschuss und am 9. Juni vom Gesundheitsausschuss abgelehnt; er wird auch heute abgelehnt werden.

Zum Sachverhalt: Das Thema Mikroplastik ist nicht erst seit dem Film "Plastic Planet" von Al Gore präsent. Bayern hat als erstes deutsches Bundesland die Initiative ergriffen, diesen noch nicht ausreichend erforschten Bereich näher zu untersuchen.

Es war der damalige Umweltminister Dr. Marcel Huber, der im Oktober 2013 am Rande eines Symposiums diesbezüglich Forschungsvorhaben an der Universität Bayreuth gestartet hat. In der Folge sind auch in unserem Haus zahlreiche Anträge eingereicht worden, die wir alle einstimmig beschieden haben. Ich verweise auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/3381 zu dem Antrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/2551, die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/3380 zu dem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/2623 und die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/3183 zu dem Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/2459. Tenor war, hier nicht nur zu berichten, sondern auch über die Forschungsergebnisse regelmäßig zu informieren.

Zu den zwei Projekten konkret: Im Juni 2014 kam vom Norddeutschen Rundfunk die Meldung, dass Bier und Mineralwasser mit Mikroplastikteilchen verunreinigt seien. Die Fachwelt beurteilte die angewendeten Nachweismethoden sehr kritisch. Im September 2014 wurde deshalb vom Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ein Forschungsprojekt zu dem Thema "Nachweis von Mikroplastik in ausgewählten Lebensmitteln" in Auftrag gegeben.Die Studie wird bis 2017 laufen. Unter anderem sollen effektive Untersuchungsmethoden entwickelt werden. So gewonnene Informationen sind für eine objektive und verantwortungsbewusste Bewertung der Belastungssituationen für den Verbraucher unerlässlich.

Ich darf hier auf ein anderes Vorhaben, auf eine Pilotstudie verweisen, die im Oktober 2014 veröffentlicht wurde. Der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband und der niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz haben Trinkwassersysteme von fünf Wasserwerken untersucht. Dabei wurde festgestellt: keine Mikroplastikpartikel im Grundwasser. Die im Trinkwasser gefundene minimale Anzahl wird dort auf den Abrieb einer Dichtung oder einer Leitung zurückgeführt. Die Nachweismethoden, die bei dieser Pilotstudie angewandt wurden, gelten in der Fachwelt als zuverlässig.

Zu der anderen Studie aus dem Jahr 2013, die auch Sie, Herr von Brunn, zitiert haben, nämlich das Forschungsvorhaben "Eintragspfade, Vorkommen und Verteilung von Mikroplastikpartikeln in bayerischen Gewässern sowie mögliche Auswirkungen auf aquatische Organismen", die die Universität Bayreuth gemeinsam mit dem LfU durchführt, gab es bereits im Januar 2015 bei uns im Umweltausschuss einen Zwischenbericht. Wir wurden damals auch darüber informiert, dass weitere Zwischenberichte folgen werden.

Es gibt auch internationale Studien in Österreich, in der Schweiz und in den USA. In Deutschland gibt es auf Bundesebene eine Initiative für die Gesamtkoordinierung innerhalb der betroffenen Bundesressortforschungseinrichtungen unter Federführung des Umweltbundesamtes zusammen mit dem Bundesinstitut für Risikobewertung und der Bundesanstalt für Gewässerkunde. Sehr interessant ist es, das Bundesinstitut für Risikobewertung zu betrachten. Es hat nämlich die Frage untersucht, ob es eine dermale – also über die Haut – oder orale – über den Mund – Aufnahme von Mikrokunststoffen gibt, die sich in kosmetischen Mitteln befinden. Hier gibt es eine eindeutige, verneinende Aussage.

(Florian von Brunn (SPD): Das stimmt ja gar nicht, was Sie erzählen! Das ist ja Quatsch!)

Richtig interessant wird es aber erst jetzt. Bleiben wir auf Bundesebene. Die Bundes-SPD hat einen Ihrem Antrag ähnlichen Antrag

(Florian von Brunn (SPD): Das stimmt nicht!)

der GRÜNEN im Bundestag, Drucksache 18/3734, am 27. Februar dieses Jahres mit der Begründung abgelehnt, dass die 500 Tonnen, auf die Sie hinwiesen, im Vergleich zu den 100.000 Tonnen – das sind 0,5 % – viel zu wenig sind und die Relation auch nicht stimmt.

Dass nun auch das mit Barbara Hendricks SPD-geführte Umweltministerium ins Spiel kommt, ist noch interessanter; denn dieses verhandelt seit 2013 mit der Industrie, und zwar durchaus mit Erfolg und durchaus im Sinne des Verbrauchers.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Weil die CSU bremst!)

Die Bundesumweltministerin von der SPD setzt gezielt auf Freiwilligkeit in Deutschland und auf EU-Ebene.

(Florian von Brunn (SPD): Ja klar! Eine Koalition mit Ihnen! Was machen Sie denn?)

Man ist überzeugt, dass der freiwillige Verzicht auf die Verwendung von Mikroplastik in Kosmetika auch ohne gesetzliche Maßnahme erreicht werden könne. Ich frage mich schon: Warum opponiert die SPD in Bayern gegen die eigene Bundespartei und fordert unsere Ministerin auf, im Bundesrat gegen sie vorzugehen, und traut ihrer Ministerin nichts zu?

(Beifall bei der CSU)

Der Bund wurde von unserem damaligen Umweltminister Huber und von der jetzigen Staatsministerin Ulrike Scharf aufgefordert, auf die Hersteller einzuwirken, damit diese auf die Verwendung von mikrofeinen Kunststoffkügelchen in Hygieneprodukten verzichten. Ich darf ganz aktuell auf eine Presseerklärung der 84. Umweltministerkonfe-

renz in Kloster Banz vom 22. Mai verweisen. Dort war dies auf Bestreben unserer Umweltministerin auch Thema. Auch dort hat man sich auf den freiwilligen Verzicht geeinigt. Die Hersteller haben auch schon reagiert und den freiwilligen Verzicht auf die Verwendung von Mikroplastik in ihren Produkten bereits realisiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Staats- und die Bundesregierung sind in diesem für den Verbraucher bedeutsamen Bereich intensiv tätig. Es gilt aber, fachgerecht zu informieren und fundiert vorzugehen. Panikmache und Verunsicherung sind nicht unser Instrument der Politik.

Wie sieht es denn aktuell speziell für die Verbraucher im Bereich der Kosmetik hinsichtlich Mikroplastik aus? - Der Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel e. V. hat bereits erklärt, dass er seinen Mitgliedern empfehlen wird, Mikroplastik aus Kosmetikartikeln zu entfernen. Ich sehe mir an, was passiert. Sie können mir nicht vorwerfen, ich würde nur Informationen aus unserem Ministerium verwenden. Ich verwende die Informationen des BUND. In Zahnpasta ist bereits kein Mikroplastik mehr zu finden. Laut BUND haben folgende Hersteller den Ausstieg aus Mikroplastik angekündigt oder bereits vollzogen: Beiersdorf, zu dem unter anderem die Marken Nivea, Eucerin und Florena gehören, bis Ende 2015, Colgate Palmolive seit 2012, dm seit 2014, Dr. Liebe seit September 2014, Johnson & Johnson, die auch Penaten vertreiben, 2015; L'Oréal wird bis Ende des Jahres auch so weit sein. So könnte man das deutlich fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Liste zeigt, dass im Bereich Plastik in Kosmetikartikeln etwas passiert – mehr, als die SPD heute unterstellt hat. Das zeigt, dass wie in der Schule und in der Erziehung nicht ein Verbot nachhaltig ist, sondern Einsicht und Verständnis längerfristig, nachhaltiger und effektiver sind. Wir lehnen daher den vorliegenden Antrag der SPD ab und halten uns an die Vorgaben des SPD-geführten Bundesumweltministeriums und an die von Ministerin Scharf in Banz betonte Haltung "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" in dem Wissen, dass unsere Umweltmi-

nister und unsere Umweltministerin darauf scharf achten werden, dass dies auch eingehalten wird.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment bitte, Frau Schorer-Dremel. Vielen Dank für Ihren Redebeitrag. Jetzt noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Liebe Kollegin Schorer-Dremel, zunächst einmal: Der Film "Plastic Planet" stammt von Regisseur Werner Boote. Sie haben den Film von Al Gore "Eine unbequeme Wahrheit" gemeint. In ihm geht es um Klimaschutz. Ich hoffe, Sie kennen sich bei anderen Themen besser aus.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Unverschämt!)

Zum Bundesinstitut für Risikobewertung: Es wurde klipp und klar gesagt – das kann man auch in den Anfragen und in den Berichten nachlesen –, dass es das für nicht wahrscheinlich hält oder die Wahrscheinlichkeit nicht nachweisen konnte. Es ist keine Rede davon, dass das Bundesinstitut für Risikobewertung nachgewiesen hätte, dass es diese Aufnahme nicht gibt.

Ansonsten würden wir in der GroKo in mancher Beziehung gerne mehr machen. Wir sind aber leider auch an das Handeln unserer Koalitionspartner gebunden.

Ich sage Ihnen eines: In Kosmetika sind Mikropartikel unnötig. Wenn man verhindern will, dass sie darin verwendet werden, muss man dies verbieten. Im Straßenverkehr gibt es auch Regeln, an die man sich halten muss; da kann man auch nicht mit Freiwilligkeit vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Herr von Brunn, ich glaube, das Bundesinstitut für Risikobewertung hat diesen Bericht abgegeben. Wir können ihn gerne noch einmal durchsehen, lesen und abgleichen. Das ist der erste Punkt. Ich meine, das, was von allen

Umweltministern geleistet wird, auf Bundesebene freiwillig voranzugehen und die Industrie mit einzubinden, ist ein Weg, der sich bis jetzt als erfolgreich gezeigt hat. Das Ergebnis – davon bin ich absolut überzeugt – wird sein, dass wir in den Kosmetikartikeln kein Mikroplastik mehr haben werden. Deswegen werden wir diesen Weg weitergehen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Kraus für die FREIEN WÄHLER eilt herbei.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, werte Frau Umweltministerin! Wie viele von Ihnen sind heute schon mit Mikroplastik in Berührung gekommen? – Hoffentlich die meisten, um nicht zu sagen alle. Es könnte ja doch sein, dass jemand in der Früh geduscht hat, sich vielleicht die Haare gewaschen hat und sich vielleicht auch schon die Zähne geputzt hat. In den Produkten ist Mikroplastik vorhanden. Falls heute einer geduscht und Zähne geputzt hat, ist dieses Mikroplastik über das Abwassersystem gerade in die Kläranlage unterwegs. Die meisten, um nicht zu sagen, fast alle Kläranlagen sind nicht in der Lage, dieses Mikroplastik herauszufiltern. Was passiert dann? – Von den Kläranlagen gelangt das Mikroplastik in unsere Flüsse und Bäche.

Es ist schon erwähnt worden, dass gerade Untersuchungen durchgeführt werden, wie sich Mikroplastik im Meer, in der Tiefsee auswirkt. Darüber, wie es sich im Gewässer, also im Süßwasser und in Seen auswirkt, gibt es leider noch fast keine Untersuchungen. Für den Gardasee gibt es aber eine Untersuchung. Auf einem Quadratmeter Uferstrand sind über 1.000 Partikel Mikro- und Makroplastik gefunden worden. Wer wirklich kein Problem mit Mikroplastik in der Wasserkette hat, soll den Antrag der SPD ablehnen.Wir, die FREIEN WÄHLER, machen das sicherlich nicht. Wir stimmen dem Antrag der SPD zu, weil wir nach wie vor dafür sind, dass diese 500 Tonnen, von denen wir gerade sprechen, in der Kosmetik verboten werden. Ganz ehrlich – es

wurde der Umweltausschuss erwähnt: Diese Argumente von der CSU, warum man es nicht verbieten soll, sind wirklich mehr als dünn.

Mikroplastik stellt nur einen kleinen Teil der ganzen Plastikmengen dar, das ist auch schon erwähnt worden. Es ist klar: Kunststoff ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Davon werden riesige Mengen produziert, weltweit 2012 280 Millionen Tonnen, in Deutschland allein 2013 11,7 Millionen Tonnen oder umgerechnet 125 Kilo pro Einwohner. Allein davon benötigt man unter anderem 35 % rein für Verpackungen. Das sollte uns auch zu denken geben.

Von den restlichen 45 Millionen Tonnen anfallender Kunststoffabfälle werden 99 % wieder ganz gut stofflich oder energetisch verwertet. 1 % bleibt aber übrig, und es kann 400 bis 600 Jahre dauern, bis dieses 1 % – das ist auch schon erwähnt worden – wieder heraus ist.

Fazit: Das Beste im Mikroplastik ist das Mikroplastik, das man gar nicht verwendet, weil es einfach überflüssig ist. In Kosmetika gibt es mittlerweile auch einige alternative Produkte, Sand oder Nussschalen zum Beispiel, mit denen man diese Peeling-Effekte ebenfalls durchaus erzielen kann.

Vor Kurzem hat die Frau Ministerin bei einer Pressemitteilung bekannt gegeben, dass auch geringe bis mittlere Belastungen unserer Gewässer keine Hinweise auf Gesundheitsgefahren ergeben. Das ist vielleicht richtig, aber es gibt ein berühmtes Zitat: Jede Reise beginnt mit dem ersten Schritt. In unseren Augen wäre die Vermeidung dieser 500 Tonnen für die Verwendung in der Kosmetik, von denen wir gerade sprechen, der erste Schritt in die richtige Richtung, damit das endlich weniger wird. Also nochmals: 500 Tonnen Mikroplastik sind 500 Tonnen zu viel. Wir unterstützen den Antrag, und es würde uns freuen, wenn er eine Mehrheit finden würde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN kommt Frau Rosi Steinberger. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Schorer-Dremel – da hinten sitzt sie –, ich bin zwar keine Grundschullehrerin, aber als Abgeordnete habe ich auch schon eines gelernt, nämlich dass man gute Anträge so oft wiederholen und immer wieder bringen muss, bis sich auch die CSU bewegt und diesen Anträgen zustimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es vorher schon gehört, mehrmals sogar: Mikroplastik ist überall in der Umwelt vorzufinden. Es gibt unzählige Studien, und wir wissen daraus, dass Kunststoff aus unserer Umgebung nicht mehr wegzudenken ist. Die Forschungsergebnisse, die vorliegen, beweisen, dass die Ansammlung von Mikroplastik in der Umwelt zu gravierenden Problemen führt. Es ist also keine harmlose Sache. Es ist bekannt, dass Kunststoff sehr beständig ist. Er wird über sehr lange Zeiträume abgebaut. Es braucht Hunderte von Jahren, bis sich Kunststoff zersetzt. Das ist ein sehr großes Problem, zum Beispiel bei Meerestieren. Sie nehmen diese Stoffe auf, und dieses Mikroplastik bleibt bei diesen Meerestieren in den Mägen. Sie haben quasi kein Hungergefühl mehr und verhungern. Das wissen wir bereits.

Es gibt also gravierende Umweltauswirkungen von Mikroplastik. Wir wissen nur nicht, ob es auch Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit hat. Es könnte aber durchaus sein, dass es über die Nahrungskette bei uns wieder ankommt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es auch bei Menschen gesundheitliche Auswirkungen gibt.

Wir haben schon gehört, es sind 500 Tonnen Mikroplastik, die jedes Jahr in Kosmetika eingesetzt werden. Es ist richtig, das ist nur ein kleiner Teil des Aufkommens an Plastik. Allerdings ist das ein vermeidbarer Anteil, und wenn wir etwas vermeiden können, dann tun wir das doch!

Wir haben auch das Problem in den Kläranlagen. Die Kläranlagen können das Mikroplastik nicht herausfiltern. Es landet weiterhin in der Umwelt mit entsprechenden Folgen für die Fische und die Nahrungskette. Man muss sich hier aber auch fragen: Warum muss eigentlich die Allgemeinheit dafür aufkommen, diese Stoffe herauszufiltern, wenn es vorher Möglichkeiten gibt, dass sie gar nicht erst in die Abwässer gelangen?

Wie vorher gesagt wurde, sind keine vollständigen Erkenntnisse über die Toxizität von Mikroplastik vorhanden. Eines ist aber doch für alle klar: Wir wollen kein Plastik im Essen, im Grundwasser und auch nicht im Bier.

Ich habe angesprochen, dass die Anreicherung von Mikroplastik in der Umwelt durchaus gesundheitliche Folgen für die Bevölkerung haben kann. Hier trifft dann der vorbeugende Verbraucherschutz zu, auf den wir so stolz sind. Aus diesen Gründen ist es notwendig, dass die Staatsregierung aktiv wird. Wir haben nun dieses eine bestimmte Einsatzgebiet, bei dem es so einfach wäre – das Einsatzgebiet der Mikroplastik in Kosmetika. Dieses wird ja aktiv beigefügt, obwohl es eigentlich erstens überhaupt nicht notwendig wäre und es zweitens Ersatzstoffe gibt, die den gleichen Zweck erfüllen könnten.

Es ist richtig, dass einige Hersteller von Kosmetika bereits angekündigt haben, auf Mikroplastik zu verzichten. Aber schneller ginge es natürlich schon, wenn man diese Anwendung gleich verbieten würde. Ich kann mir vorstellen, dass es auch unendlich mühsam ist, wenn man erst Gremien einsetzt und unendlich viele Gespräche mit den Herstellern führt, wer jetzt bitte sehr freiwillig auf dieses Mikroplastik verzichten könnte. Mit einem Handstreich könnte man das einfach so verbieten, dann hätten wir das gleich vom Tisch.

Es gibt natürlich auf Bundesebene und auf europäischer Ebene Gespräche dazu. Diese Gespräche zielen aber alle auf eine freiwillige Vereinbarung, und wir hören von Ihrer Seite immer, dass Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht geht. Aber Sie wissen ja

selbst, wie das mit der Freiwilligkeit ist. Erstens dauert das ewig, und zweitens funktioniert es am Ende meistens doch nicht, zumindest nicht vollständig.

Ich denke, ein vollständiges Verbot von Mikroplastik in Kosmetika würden wir wirklich sehr leicht erreichen, und deshalb stimmen wir diesem Antrag der SPD-Fraktion sehr gerne zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Steinberger, Moment bitte. Sie haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Scheuenstuhl provoziert.

Harry Scheuenstuhl (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Die letzte wahrscheinlich heute, vielleicht. Ich weiß es noch nicht, vielleicht kommt ja die Ministerin noch. – Man muss eines feststellen: Kunststoff, Mikroplastik ist Ersatzstoff. Wir hatten vorher die gleichen Eigenschaften über mineralische Stoffe, zum Beispiel über Sand, also durch einen natürlichen Stoff, der durch Mikroplastik ersetzt wurde. Das war also nicht andersherum, bloß damit das für alle verständlich ist.

Vorhin wurde von der Kollegin von der CSU gesagt, dass man im Grundwasser nichts gefunden hat. Na ja, das wäre noch katastrophaler. Für mich reicht es eigentlich schon, wenn man es im Oberflächenwasser findet, und der Kollege von Brunn hat ja an dieser Stelle auch schon Ausführungen gemacht, wo man das in der Natur mittlerweile überall findet. Außerdem hat der Kunststoff, wie das bereits erwähnt wurde, eine lange Lebensdauer, nur wir wissen nicht, wie er sich zersetzen wird. Das gilt übrigens für alle Kunststoffe, nicht nur für Mikroplastik.

Einen Fisch – ich habe es heute schon gesagt –, der in verschiedenen Chemikalien "gebadet" hat und dazu auch in Mikroplastik, den muss ich doch nicht essen. Wenn ich jetzt an eine schöne Forelle denke und mich darauf freue, dass sie so knusprig schmeckt – als Letzter darf ich jetzt meine zwei Minuten ausnutzen, um das zu beschreiben, damit alle dann noch Hunger bekommen –, und wenn mir dann einfällt, da

ist jetzt Mikroplastik drin, weil man es in den Kläranlagen nicht herausbringt, dann sage ich nur eines: Dann graust es mir davor.

Kehren wir wieder zu den alten Stoffen zurück, die dem Vorsorgegrundsatz, der im Wasserbereich immer gilt, auch Rechnung tragen. Vorsorge ist besser als Nachsorge. Weg mit dem Zeug, wir brauchen es nicht! Es gibt genügend Stoffe, die bereits vorher enthalten waren.

(Beifall bei der SPD)

Rosi Steinberger (GRÜNE): Ja, vielen Dank, dem brauche ich nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Meine Damen und Herren, die CSU-Fraktion hat für diesen Antrag eine namentliche Abstimmung beantragt. Dazu kommen wir jetzt natürlich nicht, weil wir die 15 Minuten brauchen. Wir machen dann mit den nächsten Antrag weiter, das erspart uns auf jeden Fall die namentliche Abstimmung für den letzten Antrag. Deswegen stellen wir das zurück. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und die Abstimmung wird zurückgestellt.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir kommen zur einfachen Abstimmung zum Antrag auf Drucksache 17/5887. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte. – CSU-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.